

Amerikas neuer Protektionismus

Die USA taugen immer weniger als Vorbild für offene Märkte

Präsident Barack Obama ist kein Freihändler. Das zeigt sich zum einen in diversen Handelsstreitigkeiten. Zum anderen versuchen die USA, anderen Staaten Standards bei Arbeitnehmerrechten aufzuzwingen.

cei. Washington · Der Schutz der eigenen Landwirtschaft hat in den USA zuweilen groteske Folgen. So subventioniert der amerikanische Steuerzahler heute bereits einheimische Baumwollproduzenten. Doch bald darf er auch noch Geld nach Brasilien überweisen. Brasilien hat bei der Welthandelsorganisation zwar recht bekommen und dürfte Strafzölle auf amerikanischen Gütern im Umfang von 820 Mio. \$ verhängen. Die USA haben dies vergangene Woche aber vorerst abgewendet, indem sie sich unter anderem bereit erklärten, für brasilianische Baumwollbauern einen Fonds über jährlich 147 Mio. \$ zu äufnen – deklariert als «technische Hilfe».

Teurer Zucker kostet Jobs

Der Streit um die Baumwolle ist nur der jüngste Tiefpunkt der amerikanischen Handelspolitik unter Präsident Barack Obama. Der grösste bisherige Sündenfall war die Einführung von Zöllen auf Autoreifen aus China von 35%. Dabei wandte Obama erstmals ein schon länger bestehendes Gesetz an, das Einfuhrzölle erlaubt, falls chinesische Importe eine Ursache für «Marktstörungen» sind. Vorgeschlagen worden waren die Abwehrmassnahmen von den Gewerkschaften. Dieses «Geschenk» dürfte deren Zustimmung zur Gesundheitsreform erleichtert haben. Da es sich bei den Importen aus China um Reifen der billigsten Sorte handelt, werden von den Zöllen besonders einkommensschwache Haushalte getroffen. Auch werden dadurch kaum Jobs in den USA erhalten. Vielmehr wird mit einer Verschiebung der Produktion von China nach Mexiko, Brasilien oder Indonesien gerechnet. Zölle vernichten mittelfristig mehr Arbeitsplätze, als sie schützen, wie das Beispiel Zucker anschaulich macht. Seit den frühen achtziger Jahren führt ein System von Preisstützungen und Importquoten dazu, dass der Marktanteil der amerikanischen Zuckerrohr- und Zuckerrübenproduzenten 80% beträgt. Die Obama-Administration hat im letzten Herbst eine Petition der zuckerverarbeitenden Industrie abgelehnt, die eine Erhöhung der Import-

mengen gefordert hatte. Dabei hat das Handelsministerium schon 2006 ein vernichtendes Urteil über die Subventionen gesprochen («Employment Changes in US Food Manufacturing: The Impact of Sugar Prices»). Demnach hat die Nahrungsmittelindustrie in den vergangenen 25 Jahren das Doppelte bis Dreifache des Weltmarktpreises für Zucker bezahlen müssen. Aus diesem Grund haben viele Produzenten zuckerhaltiger Güter wie Frühstücksflocken die USA verlassen und sich in Kanada oder Mexiko niedergelassen. Allein diese Verlagerungen führten innerhalb von fünf Jahren zu einem Verlust von 6400 Arbeitsplätzen in den USA. Die Zölle haben laut Ministerium aber nur 2200 Stellen im Anbau von Zuckerrohr und -rüben «gerettet». Für jede gerettete Stelle werden also drei vernichtet. Die Kosten pro gerettete Stelle werden mit horrenden 826 000 \$ angegeben.

Kein freier Marktzutritt

Man könnte die Beispiele fortsetzen. Es gibt für den Freihandel aber eine noch gefährlichere Entwicklung. Wenn Schwellen- oder Entwicklungsländer Handelsabkommen mit den USA abschliessen wollen, werden in solche Verträge seit einiger Zeit auch Arbeitnehmerrechte aufgenommen. So müssen die Länder etwa die Versammlungsfreiheit respektieren, Gewerkschaften zulassen oder die schlimmsten Formen von Kinderarbeit eliminieren. Die Klauseln gehen jedoch weit über solche Mindeststandards hinaus. So wird zusätzlich verlangt, dass die Länder «akzeptable Arbeitsbedingungen» bieten. Das bezieht sich etwa auf Minimallöhne, den Gesundheitsschutz und die Zahl der Arbeitsstunden. Zudem muss ein Land gegen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt vorgehen. Doch die Regulierung des Arbeitsmarktes sollte Sache der jeweiligen Länder sein und hat nichts in Handelsverträgen verloren. Vielmehr sind solche Klauseln ein Einfallstor für einen neuen Protektionismus. Dass diese Gefahr nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen Aussagen des Handelsbeauftragten der USA, Ron Kirk. Er werde die Klauseln in den jeweiligen Verträgen überwachen und streng durchsetzen, sagte er voriges Jahr. Das solle sicherstellen, dass die US-Arbeitnehmer im globalen Wettbewerb gleich lange Spiesse hätten.

Hinter Altruismus versteckt

Der Ökonom Jagdish Bhagwati (Columbia University) findet für diese Praxis klare Worte: Die USA versuchten so,

die Kosten ihrer Konkurrenten in die Höhe zu treiben. Bemüht werde zwar eine altruistische Rhetorik: So heisse es, man wolle solche Standards aus Solidarität mit den Arbeitern in den Schwellen- oder Entwicklungsländern durchsetzen. Doch wenn man nachhake, heisse es, es sei «unfair», wenn amerikanische Arbeiter mit ausländischen Konkurrenten müssten, die nicht hohe Standards einhalten müssten.

Dazu passt, dass die USA für kommende Woche die Arbeitsminister der G-20 zu einem Treffen nach Washington eingeladen haben – dieses Treffen ist eine Premiere. Eines der fünf Hauptziele der US-Arbeitsministerin Hilda Solis ist denn auch, weltweit für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen. Der indischstämmige Bhagwati warnt die Schwellenländer davor, sich von der wohltonenden Rhetorik einlullen zu lassen. Indien und andere Länder müssten alles daransetzen, dass die Industriestaaten keine Arbeitsbedingungen in Handelsverträge schmuggeln könnten. Dieser neue Protektionismus lässt für die weitere Liberalisierung des Welt Handels nichts Gutes erwarten.